

**AntragstellerIn:**

Vorstand

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,  
*die Wiedereinführung von Studiengebühren für Internationale Studierende und das Zweitstudium abzulehnen und zudem sich weiterhin klar gegen allgemeine Studiengebühren auszusprechen. Außerdem positioniert sie sich gegen eine Erhöhung des Verwaltungsbeitrags.*

**Begründung:**

*Das Wissenschaftsministerium in BaWü unter der Leitung der Grünenpolitikerin Theresia Bauer plant mit Unterstützung der Landesregierung die Wiedereinführung von Studiengebühren. Konkret sollen internationale Studierende, die keine EU-Staatsbürger\*innenschaft haben 1500€ pro Semester und alle Menschen, die ein Zweitstudium absolvieren 650€ pro Semester bezahlen. Außerdem ist eine Erhöhung des Verwaltungsbeitrags von 60 auf 70€ geplant. Begründet wird diese Maßnahme damit, dass das Ministerium 48 Millionen Euro einsparen soll, um eine "schwarze Null" zu erreichen. Bisher fand über die konkreten Überlegungen keinerlei öffentliche Debatte statt, Studierende wurden weder gefragt noch einbezogen, obwohl sie über eigene Vertretungen verfügen.*

Diese Absicht ist auf mehreren Ebenen fatal für eine gerechte Bildung. Bildung an und für sich ist ein Grundrecht und muss allen offenstehen. Daher sollten neben den Hochschulen auch alle anderen Bildungswege kostenfrei sein (Meister\*in, Techniker\*in, und jegliche Ausbildung). Nicht das vorhandene eigene Vermögen (bzw. das der Eltern) sollte dafür ausschlaggebend sein, für welchen Bildungsweg man sich entscheidet, sondern das eigene Interesse am jeweiligen Fachgebiet.

Nicht die zu beliebten Ausbildungen sollten im Zugang beschränkt werden, sondern die zu wenig beliebten attraktiver gemacht werden. Die Wiedereinführung von Studiengebühren steht dem diametral entgegen. Statt eine solidarische Finanzierung der Bildung der nächsten Generation zu gewährleisten, soll diese auch noch zahlen. Bildung wird damit zur Ware und zum Privileg degradiert, obwohl sie die Basis einer jeden demokratischen und offenen Gesellschaft darstellt.

Die Forderung, dass "Nicht-EU-Bürger\*innen" zahlen sollen, ist diskriminierend. Kein Mensch ist schuld daran, welche Staatsbürger\*innenschaft er bei der Geburt bekommt. Dies dann als Kriterium zu verwenden, um Geld für ein Studium zu verlangen, dient nur einem Zweck: Jene mit Geld ins Land zu holen und alle Anderen fernzuhalten. Gleiche Chancen auf Bildung unabhängig von Herkunft und Zahlungskraft der Eltern ist eines der großen Ziele, die wir für eine gerechte und demokratische Gesellschaft anstreben müssen.

Ferner ist es absurd, Menschen, die ein Zweitstudium beginnen, zum Zahlen zu verpflichten. Ein Zweitstudium dient dazu, sich selbst weiterzubilden und eigene Kompetenzen zu erweitern. Gerade in Zeiten der Informationsgesellschaft wäre es fatal, diese Möglichkeit Menschen aus finanziellen Gründen zu nehmen. Dazu zählen ebenfalls die oben genannten Gründe sowie auch das hart erkämpfte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, welches schließlich im Grundgesetz verankert ist. Wenn wir wollen, dass wir uns alle frei entfalten können, dürfen wir auch einem Zweitstudium keine zusätzlichen Hürden in den Weg stellen!

10 Euro mehr im Semester mögen auf den ersten Blick nicht nach viel klingen, doch wenn dies zum derzeitigen Semesterbeitrag noch hinzukommt, der ohnehin jährlich aufgrund "erhöhter Verwaltungsausgaben" steigt, dann ergeben sich schon beachtliche Summen, die Studierende an die Hochschule/Universität zu zahlen haben. Allein bei diesen 10 Euro wird es jedoch nicht bleiben. Sobald einmal Gebühren beschlossen sind, sind weitere Erhöhungen garantiert. Es dauert dann nicht mehr lange, bis wir wieder bei Studiengebühren von mehreren Hundert Euro für alle Studierenden sind. Studiengebühren unterminieren alle Bemühungen, Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich herzustellen - ein Bereich, in dem Deutschland großen Nachholbedarf hat. Dass diese Forderungen von der Partei kommen, welche maßgeblich von den Protesten gegen Studiengebühren profitiert hat, ist an Zynismus jedoch kaum zu übertreffen.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).